

Mainz, 10.10.2023

**Antrag 1564/2023 zur Sitzung Stadtrat am 11.10.2023**

**gem. Resolution Solidarität mit Israel und Kampf gegen jeden Antisemitismus  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP, DIE LINKE, ÖDP)**

Am 7. Oktober 2023, mitten am Schabbat, einen Tag nach Ende des Laubhüttenfestes, überfielen Terroristen der islamistischen Terrororganisation Hamas mehrere Ortschaften, Kibbuzim und ein Technofestival für den Frieden mit internationaler Besucherschaft im Süden Israels. Es ist das schlimmste Massaker an Jüdinnen und Juden seit dem zweiten Weltkrieg. Die Terroristen mordeten auf grausame Weise unterschiedslos Männer, Frauen, Kinder, Alte. Insgesamt über 800 Menschen wurden ermordet. Hunderte weitere wurden verschleppt und werden als Geiseln gehalten. Die Terroristen luden Videos der von Ihnen begangenen Morde, Vergewaltigungen und Folterungen öffentlich auf den Social-Media-Accounts ihrer Opfer hoch, feiern sich für ihre Verbrechen und verspotten ihre Opfer. Ihre Motivation ist ein eliminatorischer Antisemitismus, der nicht nur dem Staat Israel, sondern allen Jüdinnen und Juden das Existenzrecht abspricht.

Auch in Deutschland gingen Sympathisantinnen und Sympathisanten der antisemitischen Terroristen auf die Straße, um den Mord an Jüdinnen und Juden durch das Verteilen von Süßigkeiten zu feiern. Unsere freie und demokratische Gesellschaft darf nicht dulden, dass in unserer Mitte massenhafter Mord gefeiert, verharmlost oder rechtfertigt wird. Eine freie und demokratische Gesellschaft, in der Jüdinnen und Juden nicht sicher und in Würde leben können, scheitert an ihrem Anspruch.

Die Stadt Mainz solidarisiert sich mit Israel und unserer israelischen Partnerstadt Haifa. Auch wir trauern um die Ermordeten, bangen um die Verletzten und hoffen auf die baldige Befreiung der Verschleppten, sind in Gedanken bei den Familien, die in Sicherheitsräumen und Luftschutzbunkern ausharren. Der Staat Israel hat das Recht, sich zu verteidigen. Diejenigen unter uns, die Jüdinnen und Juden sind zu schützen und zu verteidigen, ist jedoch unsere Aufgabe. Wir bekennen uns unerschütterlich zu der Verpflichtung, den Jüdinnen und Juden in unserer Gemeinschaft ein Leben in Sicherheit und Würde in unserer Stadt Mainz zu ermöglichen und werden uns allen Versuchen, das Existenzrecht Israels oder der Jüdinnen und Juden unter uns infrage zu stellen oder zu relativieren, entschlossen entgegenstellen.

Sylvia Köbler-Gross  
Fraktionsvorsitzende  
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
im Mainzer Stadtrat

Jana Schmöller  
Fraktionsvorsitzende  
SPD-Stadtratsfraktion

David Dietz  
Fraktionsvorsitzender  
FDP-Stadtratsfraktion

f.d.R.  
Caroline Blume  
Fraktionsgeschäftsführung  
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
im Mainzer Stadtrat

f.d.R.  
Robert Herr  
Fraktionsgeschäftsführung  
SPD-Stadtratsfraktion

f.d.R.  
Hermann Wiest  
Fraktionsgeschäftsf.  
FDP-Stadtratsfraktion

Ludwig Holle  
Fraktionsvorsitzender  
CDU-Stadtratsfraktion

Tupac Orellana  
Ko-Fraktionsvorsitzender  
DIE LINKE. Stadtratsfraktion Mainz

Dr. Claudius Moseler  
Fraktionsvorsitzender  
ÖDP-Stadtratsfraktion

f.d.R.  
Philipp Brée  
Fraktionsgeschäftsführung  
CDU-Stadtratsfraktion

f.d.R.  
Dr. Hermann Stauffer  
Fraktionsgeschäftsführung  
DIE LINKE. Stadtratsfraktion Mainz

f.d.R.  
Rebecca Möhle  
Fraktionsgeschäftsf.  
ÖDP-Stadtratsfraktion